



POSTULAT

Urheber	Claudia Alpiger, Clément Borgeaud, Sarah Constantin und Dina Studer, PS/GC
Gegenstand	Fragen durch den Kanton Wallis als Aktionärin der SNB an der nächsten GV der SNB
Datum	14/12/2021
Nummer	2021.12.519

Die SNB ist gemäss diesjährigen Recherchen über ihre Investitionen mit mindestens 5.5 Milliarden Franken in fossile Energieunternehmen wie Duke Energy, Exxonmobil Enbridge oder Chevron beteiligt (Stand: Juni 2021; Quelle:

https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220221000002/xslForm13F_X01/InfoTable_Q12021.xml). Damit finanziert sie konservativ geschätzt beinahe so viele CO₂-Emissionen pro Jahr, wie die ganze Schweiz im Inland ausstösst (

<https://artisansdelatransition.org/agir-avec-nous/desinvestir/rapport-bns>). Die genannten Energieunternehmen heizen durch ihre Tätigkeiten nicht nur die Klimakrise an, sondern verursachen auch gravierende Umweltschäden oder verletzen grundlegende Menschenrechte. Unterdessen kündigen immer mehr Nationalbanken an, solche Investitionen in den kommenden Jahren auszuschliessen - wie z.B. die Banque de France (<https://www.reuters.com/business/sustainable-business/french-central-bank-exit-coal-cap-oil-gas-investments-2021-01-18/>). Solche Entscheide basieren immer je mehr auch auf wirtschaftlichen Überlegungen, da kohlenstoffintensive Vermögenswerte vermehrt erhebliche Risiken bergen. Auch das SNB Portfolio wird vermehrt Transitionsrisiken ausgesetzt sein.

Gemäss Bundesverfassung (BV; SR 101) Art. 99 und Nationalbankgesetz (NBG; SR 951.11) Art. 5 soll die SNB eine Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes führen. Ihre aktuelle Investitionspolitik unterstützt gegenwärtig jedoch weiterhin einen Erwärmungspfad von 4-6 Grad bis zum Jahr 2100 (

<https://artisansdelatransition.org/agir-avec-nous/desinvestir/rapport-bns>), welcher auch für unser Land wirtschaftlich und sozial verheerende Auswirkungen hätte. Gerade die Schweiz, und insbesondere Bergregionen wie in unserem Kanton, werden überdurchschnittlich stark von der Erderhitzung betroffen sein. Laut Bundesamt für Umwelt hat sich die Schweiz seit Messbeginn 1864 mit über 2 Grad bereits doppelt so stark wie der weltweite Durchschnitt erwärmt (<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/mitteilungen.msg-id-81144.html>).

Aus diesen Gründen ist es angebracht und dringend, der SNB im Namen des Kantons eine Frage zur dringenden strategischen und öffentlich nachverfolgbaren Überprüfung, welche alle relevanten Bereiche, darunter auch der Einfluss von Klima- und Biodiversitätsrisiken auf die Finanzstabilität, miteinschliesst, vor der nächsten Generalversammlung im April 2022 zu übermitteln.

Schlussfolgerung

Der Staatsrat wird aufgefordert, die Rechte des Kanton Wallis als Aktionärin der SNB in dem Sinne

wahrzunehmen, dass bei der nächsten Generalversammlung der SNB die Frage nach einer dringenden strategischen und öffentlich nachverfolgbaren Überprüfung traktandiert wird, welche alle relevanten Bereiche, darunter auch der Einfluss von Klima- und Biodiversitätsrisiken auf die Finanzstabilität, miteinschliesst.